

Vielfältige Abhängigkeit

Warum Deutschland eine neue Asien-Politik braucht /

Von Nikolas Busse

Zur Hinterlassenschaft der rot-grünen Koalition gehört eine verkümmerte deutsche Asien-Politik. Dies mag auf den ersten Blick verwundern, da der scheidende Bundeskanzler häufig und mit großer Begleitung nach China reiste. Im Grunde kamen Schröders Staatsbesuche aber nie über Werbetouren für die deutsche Industrie hinaus. Er war so fixiert darauf, deutschen Unternehmen den Zugang zum vermeintlich lukrativsten Zukunftsmarkt zu öffnen, daß er Themen wie die Menschenrechte stets nur stiefmütterlich behandelte ließ. Was Schröder in China machte, hatte mehr mit Verkaufsförderung als mit Politik zu tun.

Die neue Bundesregierung wird zu prüfen haben, ob dieses Herangehen noch zeitgemäß ist. Die Diskussion, die in den vergangenen Jahren über die Folgen des Wachstums in China und anderen asiatischen Volkswirtschaften entbrannt ist, gibt aber schon die Richtung vor: daß die Deutschen sich zunehmend vor der Abwanderung von (hochqualifizierten) Arbeitsplätzen nach Asien fürchten, zeigt, daß die Globalisierung vielfältige Abhängigkeiten zwischen dem industrialisierten Westen und den neuen Produktionsorten in Fernost schafft. Mit einfacher Exportförderung wird man dem nicht mehr gerecht werden. Was in Asien geschieht, hat heute in viel größerem Maße Auswirkungen auf Deutschland als noch vor zehn, geschweige denn vor zwanzig Jahren.

Das deutsche Interesse in Asien läßt sich gegenwärtig in drei Kategorien zusammenfassen. Das erste und überragende ist die politische Stabilität in China und anderen Ländern, die zu wichtigen Handelspartnern geworden sind. Kriege oder Unruhen hätten eine unmittelbarere Wirkung auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland als noch während der asiatischen Finanzkrise Ende der neunziger Jahre. Selbst für viele Mittelständler ist China zu einem wichtigen Absatzmarkt und bevorzugten Produktionsort geworden. Gingene diese als Folge einer Krise verloren, dann dürfte das Wachstums-einbußen und Preissteigerungen in Deutschland nach sich ziehen. Deshalb sind Konflikte wie die Taiwan-Frage, die maritimen Territorialstreitigkeiten (Chinesisches und Südchinesisches Meer) sowie die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel keine

rein innerasiatischen Angelegenheiten.

Nicht zu unterschätzen sind die mittelbaren Auswirkungen, die der Aufstieg Asiens auf andere Regionen und die Weltpolitik insgesamt hat. Schon heute treten Länder wie China oder Indien als starke Nachfrager auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten auf. Vor allem in den öl- und erdgasreichen Staaten am Golf bemühen sie sich um langfristige, oft auf Jahrzehnte angelegte Lieferverträge. Spätestens in zwanzig oder dreißig Jahren, wenn immer geringere Teile des europäischen Ölbedarfs aus Norwegen und der Nordsee gedeckt werden können, werden die Asiaten zu – wahrscheinlich scharfen – Konkurrenten westlicher Industrienationen im Mittleren Osten werden. Deutschen Diplomaten, das zeigte kürzlich eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über Chinas Aufstieg, bereitet vor allem Sorgen, wie mercantilistisch die Chinesen versuchen, im Ausland die Kontrolle über Firmen oder Land zu erhalten, um ihre Rohstoffnachfuhr zu sichern.

Eng damit verbunden ist Pekings neues Auftreten in der Dritten Welt. Es hat wenig mit der Süd-Süd-Kooperation aus Maos Zeiten zu tun, die vom sozialistischen und antikolonialen Solidaritätsgeist geprägt war. Heute finden Herrscher wie Mugabe in Zimbabwe oder Chávez in Venezuela Unterstützung in Peking, weil sie über wertvolle Bodenschätze verfügen. Das erschwert nicht nur die Förderung der Demokratisie-

rung, die seit den Anschlägen des 11. September 2001 eine der Hauptstrategien des Westens gegen extremistische Strömungen in aller Welt geworden ist. Die chinesische Politik der Ressourcensicherung gerät auch schon in direkten Konflikt mit europäischen Sicherheitsinteressen. Das mußten die Europäer unlängst erfahren,

als China in der Internationalen Atomenergiebehörde eine Befassung des UN-Sicherheitsrates mit dem iranischen Atompogramm verhinderte; Pe-

king hat Milliarden in die Energieförderung in Iran investiert. Dieser Vorgang war besonders ernüchternd, weil er zeigt, wie wenig es sich für die Bundesregierung ausgezahlt hat, daß sie die chinesische Führung jahrelang nicht mit brisanten Themen behelligt hat.

All das spricht für eine Generalüberholung der deutschen Asien-Politik. Ihre Facetten sind zu vielfältig und übergreifend geworden, als daß man sie den Fachreferaten und der Reiseleidenschaft von Regierungsspitzen überlassen könnte. Der außenpolitisch interessierte Teil der politischen Klasse in Berlin wird in den nächsten Jahren über ein breit angelegtes Konzept für den aufstrebenden Kontinent nachdenken müssen. Im Vordergrund könnten zwei Elemente stehen: Zum einen müßte sich Deutschland endlich trauen, in Peking offen über alle Fragen zu reden. Den Geschäften der Amerikaner, die in der Iran- oder Taiwan-Frage auch anderer Meinung als die chinesischen Herrscher sind, hat das bisher offenbar auch nicht geschadet. Außerdem wäre es an der Zeit, daß sich die deutsche Asien-Politik von ihrer Peking-Zentriertheit löst. Die deutsche Diplomatie braucht vielmehr ein Netz von Verbündeten und Gleichgesinnten in der Region, mit denen gemeinsame politische Ziele erarbeitet und verfolgt werden können. Japan, schon lange ein enger Gefährte Amerikas, bietet sich an; ebenso Indien, ein Land, das vor allem wegen seiner demokratischen Verfassung ein idealer Partner für den Westen wäre. Und eine inoffizielle, aber auf dem Festland spürbare Unterstützung für Taiwan wäre wohl ein geeigneter europäischer Beitrag, um diesen großen schlummernden Krisenherd Asiens einigermaßen stabil zu halten.

Mit schönen Worten wird man einen solchen Neuanfang allerdings nicht erreichen. Eine aktive Asien-Politik würde Kosten verursachen. Im Fall Deutschlands würden sie wohl weniger im Verteidigungshaushalt anfallen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß irgendein europäisches Land sich in Asien in absehbarer Zeit so stark militärisch engagiert wie die Vereinigten Staaten. Dazu fehlen politischer Wille und Ausrüstung. Aber selbst ein stärkeres politisches Auftreten gäbe es nicht umsonst.